

## **Presseerklärung des Deutschen Mieterbundes (DMB) - Landesverbandes Bayern e.V.**

Neufahrn, 26.03.2010

### **„Baut mehr Wohnungen!“ reicht nicht! - DMB Bayern fordert umfassenderen Ansatz in der Wohnungspolitik**

Neufahrn: Auf der Pressekonferenz des Deutschen Mieterbundes – Landesverband Bayern am 26.03.2010 in Neufahrn bei Freising mahnte dessen Vorsitzender, Alfred Poll einen wohnungspolitischen Ansatz an, der sich nicht nur auf die Landeshauptstadt konzentriert. Zwar sei München unbestritten ein wohnungspolitischer Brennpunkt mit einer besonders verschärften Situation auf dem Wohnungsmarkt. Es gebe jedoch auch anderswo in Bayern Anlass zur Sorge, so Poll.

Schon jetzt rechne der für die Wohnungsbauförderung im Freistaat zuständige Innenminister bis 2027 mit einem Wohnungsmehrbedarf in Bayern von zusammen knapp 1,15 Mio. Wohnungen, von denen ca. 70% außerhalb des Großraums München benötigt würden. „Diesem Mehrbedarf kann man aber nicht einfach mit dem Ansatz begegnen „In und um München mehr Mietwohnungen; auf dem Land mehr Eigenheimförderung“, wie es offensichtlich die Position der Bayerischen Staatsregierung ist“ erklärte Poll. Es sei zwar richtig, gerade in den Ballungsräumen für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen; dies allein werde den Anforderungen, die der demographische Wandel an die Wohnungspolitik in Bayern stelle, nicht gerecht. Aus der Sicht des DMB Bayern greift ein wohnungspolitischer Ansatz, der sich allein in dem Schlachtruf „Baut mehr Wohnungen!“ erschöpft, zu kurz, so wichtig dieser Aspekt auch ist. Notwendig ist vielmehr eine ganzheitliche Wohnungspolitik mit Weitblick und langem Atem.

Ausgehend von Prognosen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung wird es bis 2028 innerhalb Bayerns starke Wanderungsbewegungen von Nord nach Süd und von der Peripherie des Freistaats hinein in die Zentralregionen rund um Nürnberg, Regensburg, Ingolstadt und München geben. „Richtig ist, dass hieraus in diesen Regionen ein besonders hoher Wohnraumbedarf resultiert, der vor allem durch Mietwohnungen deckt werden muss“, so Poll. Erforderlich sei aber auch ein wohnungspolitisches Konzept für die Abwanderungsgebiete, in denen durch den Wegzug des jungen, mobilen Bevölkerungsteils eine überdurchschnittlich alte Teilbevölkerung zurück bleibe. „Diese Menschen haben andere Wohnbedürfnisse als junge Familien“ sagte der DMB-Landesvorsitzende. Ihnen sei mit einer schwerpunktmäßig auf den Erwerb von Eigenheimen gerichteten Wohnraumförderung, wie sie der Landesregierung gerade für diese Regionen vorschwebt, nicht geholfen. Häufig scheitert gerade bei diesem Personenkreis der Eigentumserwerb an dem im Vergleich zum Berufsleben geringeren Einkommen und daran, dass man ab einem gewissen Alter keine finanzierende Bank mehr finde. Hier helfen auch keine staatlichen Zuschüsse. Notwendig sei vielmehr auch hier die Bereitstellung von bezahlbarem und vor allem altengerechten Wohnraum.

Das von der Bayerischen Staatsregierung aufgelegte Wohnungsbauprogramm 2010 sei mit einem Volumen von 215 Mio. € gleichwohl ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn Zweifel bestehen ob dieser Betrag ausreicht. Dies umso mehr, als die Kommunen, die eine wichtige wohnungspolitische Rolle spielen, durch die von der Koalition geplanten Steuersenkungen mit erheblichen Mitteleinbußen rechnen müssten. „Je nach Haushaltsslage vor Ort führt das zu erheblichen Einschränkungen, wenn nicht gar zum Verlust der wohnungspolitischen Handlungsfähigkeit, wenn Mittel für die Wohnraumförderung gekürzt werden müssen.“

Der DMB Bayern ist der zweitgrößte Landesverband des Deutschen Mieterbundes. Dem Landesverband gehören über 50 Vereine mit zusammen ca. 162.000 Mieterhaushalten an. Nähere Informationen unter [www.mieterbund-landesverband-bayern.de](http://www.mieterbund-landesverband-bayern.de)